



Am Sockel eines Windrades: (v. l.) Siegfried und Marita Pagelkopf, Heinrich Brinkmann, Hubertus Nolte und Franz Mattenklodt kritisieren die Standort-Gutachten. FOTO: MK

# Kritiker bemängeln Windkraftstandorte

**Standortsicherheit:** Das Regional-Bündnis Windvernunft OWL-Sauerland wirft Betreibern vor, nur rudimentäre Gutachten in Auftrag gegeben zu haben. Der betroffene Gutachter hält geforderte Bohrungen für unnötig

Von Holger Kosbab

■ **Paderborn.** In der Diskussion um Windräder haben die Kritiker vom Regional-Bündnis Windvernunft OWL-Sauerland einen neuen Angriffspunkt: Sie bemängeln die Standsicherheit der Anlagen auf den Karstflächen im Raum Paderborn. Diese sei ihrer Ansicht nach nicht gegeben. Sie begründen dies mit einer Stellungnahme des Geologischen Dienstes NRW zu einem exemplarischen Fall im Windpark Hassel (Lichtenau). Die Landesbehörde beurteilt die Bodenverhältnisse zum Teil anders als der vom Betreiber beauftragte Gutachter.

Die Windkraftgegner werfen den Anlagenbetreibern vor, nur rudimentäre Gründungsgutachten in Auftrag gegeben zu haben. „Wir haben die große Sorge, dass die Gutachten nicht ausreichend sind“, sagte der Windvernunft-Vorsitzende Heinrich Brinkmann. Eine Baugrundbeurteilung mittels der angewandten Geoelektrik sei nicht möglich, da nur Lö-

cher erkannt würden, die größer sind als einen Meter.

Vor etwa einem Jahr hatte ein Lichtenauer die Arbeiten am Fundament des betreffenden Windrades fotografiert und dokumentiert – mit Öffnungen aufgrund des Karstbodens. Daraufhin hatte sich ein früherer Hochschulprofessor aus Bad Driburg, der beim Bau der Hochbrücke über den Haxter Grund beratend war, das Gutachten angeschaut. Er kam zur Bewertung, dass die geotechnische Untersuchung des Baugrunds keine zuverlässige Methode sei.

Diese Sicht teilt der Geologische Dienst NRW in Krefeld, den der Kreis Paderborn im April um eine Stellungnahme des kritisierten Gutachters gebeten hatte. Als direkte Baugrundaufschlüsse kämen „nur Rotationskernbohrungen mit durchgehender Gewinnung gekernter Proben in Betracht“, heißt es in dem Schreiben. Diese Kerne seien detailliert zu beschreiben. Ohne Bohrungen fehlten entscheidende Grundlagen

zum Nachweis des Baugrundaufbaus, die laut Norm „zwingend erforderlich“ seien. Sonst sei eine „zuverlässige Beurteilung nicht möglich“, es lägen „keine belastbaren Ergebnisse über eventuelle Hohlräume im Untergrund und zur Gefahr von Erdfällen vor“.

Daraufhin habe der Windkraftanlagenbetreiber Johannes Lackmann mit dem Kreis Paderborn eine freiwillige Probebohrung vereinbart, zu deren Ergebnissen der Geologische Dienst erneut Stellung nehmen sollte. Demnach beständen aus ingenieurgeologischer Sicht jedoch weiterhin „erhebliche Bedenken“.

„Zur Zeit liegt der Standsicherheitsnachweis nicht vor“, sagte Heinrich Brinkmann. Er und Mitstreiter wie Hubertus Nolte (2. Vorsitzender Windvernunft und Vorsitzender der Gemeinschaft für Naturschutz – GfN – im Bürener Land) und Franz Mattenklodt (Windvernunft- und GfN-Mitglied) fordern für alle Genehmigungsverfahren das Einhalten der vorgeschriebenen Normen.

Ihnen sei es so vorgekommen, als ob diese Thematik für den Kreis Paderborn „ganz neu gewesen sei“, sagte Brinkmann.

Für Windenergieproduzent Johannes Lackmann ist die Diskussion „an den Haaren“ herbeigezogen. „Wir haben die Gutachten, ich kann nur bauen, wo ich es darf“, sagte Lackmann. In einem Fall habe sein Gutachter einen Standort als unbrauchbar abgelehnt. Gegen eine Gefahr spreche aus Lackmanns Sicht auch der Haftpflichtversicherungsbeitrag, den er pro Jahr und Anlage zu zahlen habe: 90 Euro.

Der betroffene Gutachter kritisierte die Windkraftgegner, „so mit den Ängsten und Sorgen der Bürger umzugehen“. Der vorhandene Kreidekalkstein sei verkarstungsempfindlich und strukturgeologische Anomalien in der Tat besorgniserregend, sie würden aber mittels moderner Technologie entdeckt. Und kleinere Kluftzonen seien keine Gefahr. Bohrungen anhand geophysikalischer Untersuchungen könnten bei Bedarf

notwendig sein. Wo es keine Bodenphänomene gebe, seien sie aber unnötig, da sie nur im unmittelbaren Bohrbereich Aufschlüsse gäben. Aber natürlich könne nichts endgültig ausgeschlossen werden.

Er habe bei etwa 5.000 Windenergieanlagen begutachtet und beraten, sagte der betroffene Gutachter. Wegen der Stellungnahme des Geologischen Dienstes witterten die Gegner nun eine Chance. „Wenn man das Problem der Erdfälle umfassend betrachtet, betreffe es alle Bauvorhaben wie auch Wohnhäuser und nicht nur Windenergieanlagen“, betonte er: „Es gibt im Kreis Paderborn keine einzige Anlage, die wackelt und schief steht oder umgefallen ist.“

Zur Stellungnahme des Geologischen Dienstes sagte der Gutachter, dieser habe sein Gutachten „nicht in der Vollständigkeit gewürdigt“.

Der Kreis Paderborn als Genehmigungsbehörde teilte auf Anfrage mit: „Wir prüfen die gutachterliche Stellungnahme des Geologischen Dienstes.“